



Tornesch, 29. Januar 2026

Stellungnahme zur Änderung der Landesverfassung

Drucksache 20/3684

Sehr geehrter Herr Kürschner,
die Landesschüler:innenvertretung der Gymnasien Schleswig-Holstein (LSV Gym) begrüßt den Gesetzentwurf zur Änderung der Landesverfassung als wichtigen Schritt zur Modernisierung und Stärkung jugendpolitischer Prinzipien. Die vorgeschlagenen Ergänzungen adressieren zentrale Herausforderungen wie Inklusion, Nachhaltigkeit und Teilhabe, die direkt in den Alltag von Schülerinnen und Schülern eingreifen. Im Folgenden äußern wir uns zu den für Jugendliche relevanten Artikeln sachlich und aus Sicht der gymnasialen Bildungslandschaft.

Die Ergänzung der Präambel um den Schutz „der natürlichen Grundlagen des Lebens und“ sowie die Präzisierung in Artikel 11, die den Klimaschutz und die Artenvielfalt explizit nennt, schaffen eine grundlegende Orientierung für zukunftsweisende Bildung. An Gymnasien stoßen Schülerinnen und Schüler täglich auf die Auswirkungen des Klimawandels, sei es durch Extremwetterereignisse oder Ressourcenknappheit. Diese verfassungsrechtliche Verankerung verpflichtet zu interdisziplinären Lehren, wie Klimakompetenz in Naturwissenschaften und Gesellschaftskunde, und stärkt Projekte wie Schulgärten oder Nachhaltigkeits AGs. Sie ermöglicht Jugendlichen, aktiv zur Klimaneutralität beizutragen, und gibt ihrer Umweltverantwortung Verfassungsrang.

Der neue Artikel 6a verpflichtet das Land, Antisemitismus, Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit entschieden zu bekämpfen. In gymnasialen Klassenräumen mit zunehmender Diversität ist dies essenziell für ein sicheres Lernumfeld – hierbei stellt die Änderung eine nachhaltige Verbesserung dar. Die Regelung unterstützt Präventionsmaßnahmen wie Workshops zu Hassrede, interkulturelle Austauschprogramme und Fortbildungen für Lehrkräfte. Sie adressiert reale Herausforderungen wie Mobbing aufgrund ethnischer oder religiöser Herkunft und schafft rechtliche Klarheit für Schulen, Diskriminierung konsequent zu sanktionieren. Langfristig fördert sie eine Kultur der Toleranz, die über den Unterricht hinaus wirkt.

Die Neufassung von Artikel 8 zum Schutz pflegebedürftiger Menschen und pflegender Angehöriger berücksichtigt indirekt auch jugendliche Familienpflegende – diese so zu würdigen ist ein wichtiger Schritt im gesellschaftlichen Umgang. Ebenso begrüßen wir den neuen Absatz 2 in Artikel 9, der Benachteiligung aufgrund sexueller Identität verbietet. Beide Änderungen tragen zu inklusiven Strukturen bei Gymnasien bei und reduzieren Barrieren für benachteiligte Schülerinnen und Schüler.



Besondere Anerkennung verdient die Überarbeitung von Artikel 10 Absatz 2. Die explizite Berücksichtigung des Kindeswohls mit wesentlichem Gewicht in Abwägungen sowie die Pflicht zur Alters- und Reifegrad gerechten Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen in Entscheidungen markieren einen Paradigmenwechsel in der Partizipation. Dies geht über bisherige Regelungen hinaus und schafft eine verfassungsrechtliche Grundlage für mitwirkungsorientierte Prozesse, etwa in Schulkonferenzen oder Landespolitik. Es gibt den Stimmen junger Menschen Gewicht, berücksichtigt ihre Perspektive bei Planungen zu Lebensverhältnissen und stärkt demokratische Kompetenzen von der Basis an. Die gesetzliche Ausgestaltung bietet hier Raum für effektive Umsetzung.

Die Einfügung neuer Artikel zu Wohnen (11a), Infrastruktur (12a), Kultur und Sport (13 und 13a) sowie die Neuregelung der Digitalisierung (Artikel 14) gewährleisten langfristig bessere Rahmenbedingungen. Angemessene Infrastruktur und bezahlbarer Wohnraum erleichtern den Schulweg und die Unabhängigkeit. Die Förderung von Breiten- und Leistungssport stärkt das schulische Angebot, während der digitale Ausbau ohne Benachteiligung Medienkompetenz fördert und den Zugang zu Bildung sichert.

Insgesamt unterstützen wir den Gesetzentwurf ausdrücklich. Er verankert jugendpolitische Werte nachhaltig und setzt wichtige Impulse für eine zukunftsorientierte Bildungspolitik. Die vorgesehenen Änderungen sind aus unserer Sicht bedeutsam für die Ausgestaltung eines modernen Werte- und Rechtsrahmens des Landes. Zugleich appellieren wir an alle Landtagsfraktionen, die neuen Verfassungsnormen durch konkrete Maßnahmen mit Leben zu füllen, damit ihre Wirkung tatsächlich im Alltag junger Menschen spürbar wird. Die LSV Gym steht hierfür für eine enge und kontinuierliche Zusammenarbeit zur Verfügung, um die Umsetzung altersgerecht und beteiligungsorientiert zu gestalten.

Mit freundlichen Grüßen,

Eschel Ewert

Landesschüler:innensprecher der Gymnasien in Schleswig-Holstein